

Bernhard Blanke

Kritik und Selbstkritik

**Bemerkungen zu Inhalt und Stil der innerlinken Auseinandersetzung
nicht nur in einer Phase der Stagnation**

Die antikapitalistische Linke in der Bundesrepublik steht mit dem Rücken zur Wand. Mit dieser Feststellung ist eine Tendenz ausgedrückt, die geändert werden muß. Deshalb kommt es nicht so sehr darauf an, darüber zu diskutieren, wie groß der *Abstand* zur Wand noch ist, obwohl sich viele Debatten zwischen den westdeutschen Sozialisten und Kommunisten (wobei die gemeint sind, die überhaupt noch mit anderen diskutieren) auf diesen Nenner bringen lassen. Vielmehr gilt es zu erkennen, daß sich die Verhältnisse in der Bundesrepublik schon wieder mit dem Marxschen Diktum beschreiben lassen, Deutschland habe von den Revolutionen der Nachbarländer immer nur die Reaktionen mitgemacht, ansonsten reduzierte sich der Einfluß der Revolutionen auf Umwälzungen in der Theorie. Die gegenwärtige „zweite Restaurationsphase“ in der Bundesrepublik, um einen so unklaren wie populären Terminus zu verwenden, wird nicht wenig davon bestimmt, was sich in Italien, Frankreich, Portugal oder Spanien tut oder getan hat. Ohne an die großen Drahtzieher hinter den Kulissen der Weltpolitik zu glauben, läßt sich doch feststellen, daß jeder Fortschritt der linken Bewegung, sei es der Arbeiterbewegung in Europa, sei es der Befreiungsbewegungen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern, Reaktionen der Mächtigen in den kapitalistischen Ländern nach sich zieht, die sich überall dort negativ auf die linke Bewegung auswirken, wo sie noch im Zustand der relativen Stagnation oder gar der Schwäche verharret. Besonders in der Bundesrepublik wo die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit die Rolle des Grenzträgers kapitalistischer Herrschaft faktisch oder bewußt übernommen hat, wird der Handlungsspielraum und damit auch der Denkspielraum der Linken zunehmend eingeschränkt. Dies reicht von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der Gewerkschaften über die Abgrenzungsbemühungen der Sozialdemokratie gegen die Kommunisten (in ihrer Außenwirkung: Beteiligung der SPD am Berufsverbot, und in ihrer Innenwirkung: Säuberung von allzu radikalen Jungsozialisten) bis zum radikalen Kampf der CSU gegen den „Sozialismus“ überhaupt.

In einer solchen Situation stellt sich leicht die Angst vor geschlossenen Räumen ein, die nun mindestens drei Reaktionsmöglichkeiten auf Seiten der Linken hervorrufen kann: die Resignation und die Anpassung an die Übermacht der Verhältnisse; das trotzige Bekennternum zu Prinzipien, das sich immer mehr dogmatisieren muß, wenn es nicht gelingt, die Spannung auszuhalten zwischen einer Vergangenheit und Zukunft übergreifenden Theorie und einer auf beschränkte Verhältnisse fixierten Praxis; und schließlich die politische Position der „minimalen Differenz“, die an dieser Spannung und Nicht-Identität von „Theo-

rie“ und „Praxis“ ansetzt und sie stets erneut als Anlaß für eine Überprüfung bislang festgehaltener und festgefahrener Positionen und Hoffnungen begreift.

Die bestehende Linke ist ein Produkt der letzten Jahre

Bestehende Positionen in der Linken verdanken sich heute drei wesentlichen politischen Einflüssen: unmittelbar der auf Emanzipation drängenden Studentenbewegung und der linkssozialistischen APO der sechziger Jahre; vermittelt der Existenz des Marxismus-Leninismus in der Tradition der III. Internationale, wie er sich heute in den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas darstellt; und noch vermittelter den Fernwirkungen der chinesischen Revolution und der heutigen chinesischen Außenpolitik. Bezeichnend ist aber, daß in der Bundesrepublik diese Positionen gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung allesamt, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, sektenhaft wirken. Einfach deswegen, um den ersten Grund zu nennen, weil die bundesrepublikanische Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit sozialdemokratisch und das heißt reformistisch und/oder integrationistisch orientiert ist, wenn sie nicht in einem bloß faktischen, nicht einmal mehr ansatzweise „ideologisch“ ausgerichteten Verhalten innerhalb der Logik des Kapitalismus aufgeht. Gegenüber dieser Arbeiterbewegung nimmt sich das Häuflein der nicht-integrationistischen sozialistischen und kommunistischen Linken in seiner ganzen inneren Zersplitterung hilflos aus. Und aus dieser Hilflosigkeit resultiert als weitere Folge die Abkapselung verschiedener Ansätze von Widerstandsbewegungen. Wenn in den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die Linke jeweils existieren muß, keine *Tendenz* mehr zum Sozialismus erkennbar scheint, greift die Linke offenbar (und das scheint eine „Lehre der Geschichte“ zu sein) zu dem Mittel der Identifikation mit *realisierten* Formen des Sozialismus, sei es mit dem „realen“ Sozialismus in den Ländern östlich der Staatsgrenze zur DDR, sei es mit dem chinesischen Modell, sei es mit Vorstellungen von Sozialismus, die zwar nicht historisch, d.h. in bestimmten Gesellschaften realisiert *sind*, die aber eine *reale Alternative* auch in diesen Gesellschaften darzustellen scheinen. So wie sich die nichtbolschewistische Linke ehemals mit dem spanischen Anarchosyndikalismus identifizierte, so klammern sich heute wieder einzelne Gruppen der sozialistischen Linken an das, was sich in Portugal hätte entwickeln können oder was in Spanien möglich zu sein scheint, was in der CSSR unterdrückt wurde oder was sich in Italien (und auch in Frankreich) vielleicht durchsetzen kann.

Nicht daß diese Beschäftigung mit dem Spektrum des internationalen Sozialismus und Kommunismus müßig wäre im Gegenteil, die notwendige Reflexion dieser Entwicklung wird durch die pure Identifikation in hohem Maße eingeschränkt. Und diese Identifikation bringt zusehends Fanatismus in die Auseinandersetzungen zwischen den linken Gruppen und Positionen in der Bundesrepublik.

Kämpfe um richtige Probleme an der aktuell falschen Front

Wenn man versucht, sich die Energie auszumalen, die in diesen Kontroversen oft investiert wird, dann kann man – ökonomisch gesprochen – nur von einem irrsinnigen Mißverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag sprechen. Als Marx sagte, die Menschheit stelle sich immer nur Aufgaben, die sie auch lösen kann, hat er einen Teil der Menschheit ausgeklammert, nämlich jene Ideologen, die ständig Aufgaben postulieren, die sie nicht lösen können. Das Spektrum der gegenwärtigen theoretischen und politischen Diskussionen zwischen den Linken würde, wollte man es phänomenologisch einmal zusammenfassen, das Bild eines riesigen Haufens ungelöster Fragen ergeben, in dem keinerlei Prioritätenschema in bezug auf die Entwicklung in der Bundesrepublik zu erkennen ist. Und mir ist klar, daß allein schon die Forderung nach solchen Prioritäten einem Ruf aus der Wüste gleichkommt, wenn sie nicht schon vorab mit dem Verdikt des „Pragmatismus“ und dem nächstfolgenden des „Revisionismus“ belegt wird. Aber damit wäre das *Problem* nicht vom Tisch. Nehmen wir ein Beispiel. Mit Vehemenz wird unter den Linken darüber diskutiert, ob der „reale“ Sozialismus auch tatsächlich „Sozialismus“ sei, eine Frage, die für eine linke Aktionseinheit sicher eine wichtige Rolle spielt. Im Rahmen dieser Diskussion spielen die Ereignisse in der CSSR 1968 oder das Schicksal von Sacharow, Biermann und Havemann eine gewichtige Rolle. Während diese Diskussion lief und mitunter eine welt-historische Dimension angenommen hatte, standen im deutschen Bundestag und Bundesrat die Verträge mit Polen zu Debatte. Während die Strategie der Rechten nicht so sehr auf diese bestimmten Verträge, sondern auf eine „Kurskorrektur“ der gesamten offiziellen bundesdeutschen Außenpolitik (unter dem Schlagwort vom „Ende der Entspannung“) abzielt, beschäftigt sich die Linke primär mit welthistorischen Fragen allererster (logischer) Ordnung und vernachlässigt die weltpolitischen Veränderungen *dieser* Zeit, die ja doch die Linke betreffen, indem sie ihren Handlungsspielraum tangieren. Diese Veränderungen laufen nicht entlang der Frontlinie zwischen „wahrem“ und „realem Sozialismus“, sondern reflektieren die Tatsache, daß es nicht mehr nur den Kapitalismus gibt, sondern die weltpolitischen Konstellationen von anderen Gesellschaftsformationen mitgestaltet werden, deren reales Agieren – und weniger ihr jeweiliger ideologischer Anspruch – die Prozesse bestimmt, mit denen die Linke konfrontiert ist. Geht man von diesen Konstellationen und ihrer Wirkungsweise in der Bundesrepublik aus, dann stellt sich bei den Verträgen mit Polen formelhaft die Frage nach der Alternative: Faschismus ja oder nein? Jedes Nein zu den Verträgen mit Polen, auch wenn es aus pragmatischen Gründen letztlich nicht geäußert wird, ist eine (vergangenheits- und auch zukunftsbezogenes) Legitimierung des Faschismus, auch wenn sie aus taktischen Gründen nicht deutlich ausgedrückt wird. Und jedes eindeutige Ja zu den Polenverträgen ist ein ebensolches Nein zum Faschismus. Hier ist ein Frontverlauf sichtbar geworden, an dem die Linke Aktivitäten hätte entwickeln müssen, weil die Faschismusgefahr in dieser bürgerlichen Gesellschaft uns politisch allemal noch näher

ist als das Problem der Herrschaft im „realen Sozialismus“. Dies soll ausdrücken, daß es ein undialektisches Mißverständnis der *Totalität* der gesellschaftlichen Entwicklung und Probleme ist, wenn die Linke prioritätenlos meint, sie hätte wirklich die Freiheit die zu diskutierenden Probleme voluntaristisch-beliebig zu wählen. Es ist richtig, und wichtig, aufgeworfene Fragen innerhalb der Tradition und Gegenwart der sozialistischen und kommunistischen Bewegung nicht immer wieder durch parteilichen Dogmatismus verdrängen zu lassen. Der Horizont der offenen Fragen muß offen bleiben. Aber es ist gerade ein schwerwiegender Mangel der linken Diskussion, daß sie die *allgemeinen* Fragen der sozialistischen und kommunistischen Politik abstrakt angeht, sei es in der Rezeption bestimmter „Linien“ in der internationalen Bewegung, sei es in den fast schon wieder utopisch anmutenden Diskussionen um den Sozialismusbegriff. Die Kehrseite hiervon ist nämlich, daß die Linke in bezug auf die Situation in der Bundesrepublik in einen, allein der Logik der faktischen, von den Linken *nicht* bestimmten Entwicklung folgenden *Konkretismus* verfällt, sich die Probleme und Kämpfe vom Gegner vorgeben läßt – und wohl auch aufgrund ihres derzeitigen Zustandes vorgeben lassen muß. (Eklatantes Beispiel für diesen Widerspruch von abstrakter Allgemeinheit und Konkretismus ist die Diskrepanz zwischen dem sich an der KPdSU orientierenden Internationalismus der DKP und ihrer dadurch politisch ‚neutral‘ werdenden gewerkschaftsorientierten Betriebsarbeit.) Will man sich nicht Selbsttäuschungen hingeben und diesen Konkretismus durch allgemein-kommunistische Phrasen zu verdecken suchen, wird man sich wohl der Erkenntnis nicht verschließen können, daß genau diese Probleme Ausdruck der Defensivsituation der Linken sind – und es für die Linke tödlich werden kann, wenn sie es nicht schafft, die wenige Energie und das wenige Potential, das ihr zur Verfügung steht, auf *die* Fragen und Probleme zu konzentrieren, welche die Situation in der Bundesrepublik – und damit ihre eigene Existenz – zum gegebenen Zeitpunkt betreffen.

**Stilfragen sind keine Formfragen,
sondern reflektieren inhaltliche Fragen**

Man könnte verlockt sein, die *Form* der Auseinandersetzung zwischen den Linken zum Hauptproblem zu machen. So unbefriedigend dieser Stil der Auseinandersetzung ist, so zweitrangig ist er zunächst. Wenn es richtig ist, das sektenhafte Verhalten der Linken zueinander als Resultat *unentwickelter* Klassenkämpfe und als Folge nur identifikatorischer Lösungsversuche der theoretischen und organisatorischen Probleme der linken Bewegung zu erklären, dann wird deutlich, daß *dieser* Inhalt jene Form produziert. Dann wird aber auch deutlich, daß der bloße Appell an die Vernunft oder an die doch im allgemeinen bestehenden Gemeinsamkeiten nichts hilft. Gegenüber dem Trennenden, was seinen Grund in wirklichen Verhältnissen hat, wenn auch in deren ideologischer Reflexion (aber Ideologie ist nicht nur ein bloßes Ideengeschwätz, sondern aus den Verhältnissen entstammende und mit ihnen verflochtene wirkliche Denkstruktur), könnte das Ge-

meinsame, *sofern* man es an scheinbar unmittelbar einleuchtenden Grundtatsachen festmacht, die eben gleichwohl das allerproblematischste sind (wie z.B. der „Sozialismus“), immer nur als Abstraktion existieren. Und damit wäre die Diskussion auf einer Ebene angesiedelt, die zwangsläufig die sektenhafte Form der Auseinandersetzung reproduzieren muß. Innerhalb beschränkter Verhältnisse und innerhalb eines sich langsam verengenden Handlungsspielraumes muß die Debatte um den Sozialismus als solchen eine Frage von „Weltanschauungen“ werden. Nur wenn die Linke sich in ihrer gemeinsamen Diskussion endlich auf jene Fragen konzentriert, von denen mit einer gewissen Sicherheit gesagt werden kann, daß sie im real existierenden Handlungsspielraum gelöst werden müssen und können, d.h. daß durch die Auseinandersetzung um diese Probleme erst ein Stück Gemeinsamkeit *produziert* werden kann, in einem gemeinsamen Arbeits- und Lernprozeß, erst dann kann sie das Problem des „Stils“ der Auseinandersetzung mitlösen. Gleichwohl kann man die Aufmerksamkeit nicht nur auf den Inhalt der Auseinandersetzungen konzentrieren und hoffen, mit der Wahl des richtigen Problems würden sich auch schon die Stilfragen von selbst erledigen. Denn die *Voraussetzung*, daß überhaupt das richtige Problem erkannt wird, ist ja doch, daß man prinzipiell die Bereitschaft zur Diskussion hat und diese auch erklärt. Und hier zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, daß Ansätze zu solchen Diskussionen schon oft daran scheitern, daß die Bereitschaft zur Auseinandersetzung davon abhängig gemacht wird, ob sich der jeweilige Kontrahent im Rahmen eines bestimmten, schon eingegrenzten „Basiskonsens“ bewegt. Wer erinnert sich nicht an jene Formel aus der ML-Bewegung: „Erst Klarheit, dann Einheit“?

Reproduziert diese Forderung einmal nur das Sektenproblem, diesmal als Immunisierungsstrategie, so meine ich doch, daß man hier schon Stil-, d.h. Formfragen als solche lösen kann, um überhaupt erst zum zu diskutierenden Inhalt zu kommen. Wird etwa die Kritik an anderen linken Gruppen oder theoretischen Ansätzen stets nur in den geliehenen polemischen Formeln der Klassiker geführt, so daß der Kontrahent X zum Herrn Grün metamorphiert oder der Kontrahent Y zu irgendeinem preußischen Junker, den sich Engels weiland aufs Korn genommen hat, so ist von vornherein klar: hier will jemand partout Sieger bleiben. Er beginnt die Diskussion nicht nur von einem Standpunkt aus, was ja notwendig ist, um überhaupt zu diskutieren, er will diesen Standpunkt auch behalten, um seine „Identität“ zu wahren. Daß diese Identität nur eine scheinbare, auf sich selbst bezogene, unreflektierte sein kann, kommt meistens nicht zum Bewußtsein, weil eine ganz entscheidende Dimension verdrängt wurde: die Möglichkeit des Irrtums. Aber wie Hegel wußte, geht der Weg zur Wahrheit über den Zweifel, mit anderen Worten über die Möglichkeit und Fähigkeit zur Selbstkritik.

Selbstkritik und nichtrepressive Toleranz

Manchmal möchte man glauben, die Linke habe auch dort, wo sie sich verbal von der stalinistischen Tradition abgrenzt, dennoch von diesem ein schlechtes Erbe übernommen, indem sie sich unter Selbstkritik allenfalls die ritualisierte Form der Selbstaufgabe, d.h. der völligen Abschwörung von ehemals vertretenen Positionen vorstellen kann. Dagegen entwickeln sich dann Abwehrmechanismen, die Selbstkritik nur noch als Tausch von Äquivalenten zulassen möchten, gewissermaßen als heruntergekommener kategorischer Imperativ, der nur noch heißt: ich verhalte mich erst dann so oder so, wenn ich sicher bin, daß die anderen sich auch so verhalten. Selbstkritik denaturiert dann zur Sicherheitsparole und wird letztlich affirmativ. Denn es ist bequem, sich wechselseitig Fehler zuzugestehen, wenn sich die Einsichten gleichmäßig verteilen und letztlich keiner lernen *muß*. Lernprozesse verlaufen dagegen grundsätzlich asymmetrisch, es gibt keine Garantie dafür, daß man in dem einen Fall tatsächlich den Schmerz auf sich nehmen muß, nicht Recht gehabt zu haben, und in dem anderen Falle dafür einem anderen Fehler nachweisen kann. Die Parole: Freiheit der Kritik! – bedeutet wenig, wenn sie nur bedeutet: wir kritisieren alle, nur uns selbst nicht. Die Angst vor asymmetrischen Lernprozessen sitzt aber tiefer als die linke Bewußtseins-ebene reicht. Hier liegen reale Erfahrungen innerhalb *herrschaftlich* organisierter Verhältnisse zugrunde. Wenn Adorno einmal gesagt hat, daß Liebe oder Solidarität eine Situation beschreibt, in der man Schwäche zeigen kann, ohne Stärke zu provozieren, so drückte er damit eines der Haupthindernisse für die Entwicklung einer breiten Selbstkritik auch unter den Linken aus. Es ist die alltägliche Erfahrung herrschaftlicher Lebensorganisation, welche allgemeine Krisen dadurch verarbeitet, daß sie personalisiert werden. Individuen werden für strukturelle Entwicklungen verantwortlich gemacht, zu einer uneinsichtigen „Selbstkritik“ gezwungen, die nur noch einen Modus der Bestätigung von Herrschaft darstellt. Als Ausweichstrategie bleibt dann meist nur der Versuch, die „Verantwortung“ abzuwälzen, sei es in der Konkurrenz der Individuen, sei es in der Auseinandersetzung zwischen den Gruppen.

Die gegenwärtige antikapitalistische Linke ist von diesen Prozessen in einem besonderen Maße bestimmt. Von ihrer sozialen Zusammensetzung her ist sie in weiten Teilen eine „intellektuelle“ Linke. Die Spanne zwischen „Theorie“ und „Praxis“ wirkt bei diesen Gruppen in potenziertem Maße, weil der *Inhalt* ihrer Ausbildung oder ihrer Arbeit in einem abstrakten Sinne einen hohen Grad von Vergesellschaftung aufweist (nämlich die Möglichkeit, über die ganze Menschheitsgeschichte nachzudenken), während ihr *Arbeitsprozeß* in einem hohen Maße ungesellschaftlich, individualistisch organisiert ist. Diese individualistische, konkurrenzhaft form des intellektuellen Produktionsprozesses findet man im Reputationssystem von Wissenschaft und Berufsausbildung ebenso wie in den vorgeschriebenen Aufstiegsmustern industrieller Arbeitsorganisation oder den Karrieren in etablierten Organisationen der Arbeiterbewegung, z.B. der

Gewerkschaften. Hatte die Protestbewegung der 60er Jahre versucht, in ihren Organisationsformen eine Art „Gegenmilieu“ gegen diese Lebens- und Produktionsformen auszubilden, so presst die gegenwärtige Entwicklung die intellektuelle Linke wieder in diese Formen. Der Linken wurde brutal deutlich gemacht, daß ihre alten Hoffnungen angesichts der Krise zum Scheitern verurteilt zu sein scheinen, daß das „intellektuelle“ Dasein meist nur eine Übergangserscheinung war, während der Kampf um die materielle Existenz unter den Bedingungen von numerus clausus und Arbeitslosigkeit das „eigentliche“ Dasein ausmacht. Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse scheint diese Linke derart unvorbereitet zu treffen, daß sie auch politisch in traditionelle Reaktionsweisen zurückfällt: einerseits in die – nun in den Kampf um Begriffe transponierte – Konkurrenz, andererseits in Anlehnung an eine „Lagermentalität“, wie sie die Arbeiterbewegung in Zeiten der Krise und des verschärften Klassenkampfes schon immer entwickelt hat (und wie sie heute wieder in der DKP repräsentiert ist). Unabhängig von den zu erklärenden Gründen einer solchen Reaktionsweise muß aber daran festgehalten werden, daß sie *politisch falsch* sind: sie reproduziert nur die von außen aufgezwungenen Denk- und Handlungsverbote, sie stellt die „Organisationsfrage“ falsch, denn diese müßte gerade in der Krise so gelöst werden, daß die Linke in den Stand versetzt wird, die Verhältnisse zu *reflektieren*, die Strategie des Gegners genauestens zu untersuchen, die eigenen Möglichkeiten ohne Illusionen aber auch ohne Resignation abzustecken. Kritik und Selbstkritik sind das Lebenselixier solcher Organisationsformen, die die bürgerlichen Produktions- und Lebensformen wenigstens partiell durchbrechen.

Vor allem aber Selbstkritik ist erst in einer politischen Umwelt möglich, wo so etwas wie eine linke, nichtrepressive Toleranz herrscht. Erst wenn *abweichende* Positionen offen *vertreten* werden können, ohne der permanenten Diskriminierungs-, Diffamierungs- oder Ausschlußdrohung zu unterliegen, erst dann kann auch fundierte Kritik und Selbstkritik entwickelt werden, die allerdings am Ende einer Diskussion, welche die sachlichen Differenzen wirklich klar hat werden lassen, organisatorische oder auch nur theoretische Trennungen *möglich* machen. Hier muß die Linke offensichtlich noch am meisten lernen, vor allem einige Traumata ihrer Geschichte überwinden; einer Geschichte, die voll ist von rein machtpolitischen Trennungsschichten (bis zur Liquidierung), die man nun einmal nicht vergessen kann und darf, solange sie nicht aufgearbeitet sind.

Linker Pluralismus und rechte „Einheitsfront“

Als besonderes Hemmnis für die Entwicklung eines solchen linken Pluralismus stellt sich in der Bundesrepublik heute die Berufsverbotsdrohung und andere Formen der Repression dar. Denn diese Bedrohung kann zu der fatalen Entwicklung führen, daß sich „linker Pluralismus“ in der verkehrten Form der wechselseitigen *Abgrenzungen* zwecks Überleben im Rahmen bürgerlicher Legalität und Legitimität verfestigt. Jeder, der sich einer „Anhörung“ unterziehen mußte, konnte dieses

Problem am eigenen Leib miterleben. Der – in sich zwar nicht homogene – Gegner hat sich unter dem scheinpluralistischen Sigum der freiheitlichen demokratischen Grundordnung *gegen* uns formiert. Während die Linke im Saft ihrer Querelen schmort, ist die Reaktion ganz und gar nicht ungeschickt in der Taktik, demjenigen, der potentiell mit dem Berufsverbot bestraft werden kann, nach Art eines Ablasses vorzuschlagen, sich doch von dieser oder jener Organisation eindeutig abzugrenzen oder loszusagen. Nur wenn es ein Moment der persönlichen Identität geworden ist (und nicht nur der Identifikation), daß man zwar einer linken Richtung zuneigt, aber die anderen ebenfalls als *legitim* erachtet, besteht eine Chance, sich ohne Anpassung seinen – noch – legitimen Platz in der Verfassungsordnung der Bundesrepublik erkämpfen, ohne dabei die linken politischen Kontrahenten ans Messer zu liefern. Leider zeigt die Erfahrung, daß viele linke Organisationen derart unter dem Druck der Illegalisierungsdrohung stehen, daß sie die Feindbilderklärung des Gegners auf andere *überwälzen*.

Bei den einen kann man das nur noch mit Kategorien der Pathologie erklären (will man nicht zu schnell auf die Figur des *agent provocateur* zurückgreifen), wenn z.B. die DKP als fünfte Kolonne Breschnews deklariert wird. Bei den anderen steht die reale Erfahrung des Antikommunismus in der Zeit des Kalten Krieges im Hintergrund. Wie berechtigt hier Vorsicht auch immer sein mag, der Vorwurf des Antikommunismus, zumal des „linken“, wird allzu schnell zur Keule, mit der *jede* Form von Kritik erschlagen werden kann. Vor allem aber entwertet ein nur noch formelhaft und als Moment einer Immunisierungsstrategie verwendeter Antikommunismusvorwurf das Argument selbst. Der von zehn Malen achtmal falsch behauptete „linke Antikommunismus“ entfremdet das Mittel seinem Zweck, nämlich auf reale, geschichtliche Erfahrung und aktuelle, politische Möglichkeit zu verweisen. „Antikommunismus“ als Argument der Kritik hat ja zu allererst eine *analytische* Funktion, auch und gerade in der Polemik.

Wenn man die analytische Funktion klären will, muß man sie aus der Vermischung unterschiedlicher Dimensionen des Begriffes Antikommunismus herauslösen. Da ist zum einen der traditionelle *bürgerliche* Antikommunismus, unter dessen Flagge die europäische Konterrevolution die Pariser Kommune niederschlug, und der die polemische Bedeutung des Begriffs voll umfaßt, weil er sich gegen *jede* linke Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft wendet. Da ist zum zweiten der traditionelle sozialdemokratische Antibolschewismus, der sich heute in seinen intelligenten Varianten vom Kalten Krieg abgrenzt und mit einer verschwommenen Vorstellung vom „demokratischen Sozialismus“ gegen den Kommunismus zu Felde zieht, wobei seine Intention gegen jede linke Alternative zur *Sozialdemokratie* gerichtet ist. Diese Spielart der Kommunismuskritik vermischt sich selbst gerne mit den aufgegriffenen Momenten linker Selbstkritik oder auch Selbstdenunziation. Eine adäquate Abgrenzung von dieser Eingemeindung kann der Verzicht auf eine *linke Kritik am Kommunismus* jedoch nicht sein, weil der historische Materialismus nicht darauf verzichten kann, sich selbst, d.h. auch die Gesellschaftssysteme des „realen“ Sozialismus nach der Spanne

von Anspruch und Wirklichkeit zu befragen. Gerade deren Selbstdarstellung als die einzig mögliche Form von Sozialismus oder Kommunismus kann nicht vorab vom Ideologieverdacht freigestellt werden.

Formeln des Sektenkampfes:

„Revisionismus“, „subjektiver“ oder „objektiver Antikommunismus“

Nun hat sich in den letzten Jahren in den Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und ihren linken Kritikern eine Art spiegelbildlicher Denunziation als Kritikform festgesetzt, die wenig – wenn nicht nichts – geklärt, dafür aber umso stärker zur Stagnation der Linken in der Bundesrepublik beigetragen hat. Denn eine „illusionlose“ Kritik am „realen“ Sozialismus einerseits wird immer eine Selbsttäuschung bleiben, solange nicht geklärt ist, welche Vorurteile aus den Verhältnissen, in denen der Kritiker lebt, in die schönen Abstrakta von der wahren sozialistischen Gesellschaft mit einfließen. Der „Revisionismus“-Vorwurf an die Adresse des sozialistischen Lagers war demnach auch oft genug ein Produkt des intellektuellen Idealismus; und die Momente einer materialistischen Kritik, die er enthielt, können nur durch eine materialistische Kritik der Kritiker herausgeschält werden. Eine Entmystifizierung der linken Kommunismuskritik wird aber andererseits blockiert, wenn dieser nur immer wieder der plumpe Vorwurf des „linken Antikommunismus“ gemacht wird. Selbst wenn differenziert wird, diese oder jene Kritik sei „subjektiv“ vielleicht nicht so gemeint, sie wirke aber „objektiv“ so, dann behauptet eine solche Differenzierung doch das Interpretationsmonopol über zwei entscheidende Fragen: einmal, ob am bestehenden Kommunismus im Prinzip nichts mehr zu kritisieren sei (eine Ansicht, die den Spielraum der Kritik auf die jeweils parteilich zugelassene Marge beschränkt und dabei noch, wie bei der DKP, nationale Unterschiede solcher Margen – nichteinsichtig – in Kauf nehmen muß); zum andern die Frage, auf welche Faktoren der real existierende Antikommunismus in den westlichen Ländern zurückzuführen sei (wobei im Vorwurf des „objektiven“ Antikommunismus die Unterstellung steckt, es handele sich primär um ein Phänomen des manipulierten Bewußtseins, und jeder linke Kommunismuskritiker gieße Wasser auf die Propagandamühlen des Gegners). Damit aber wird das entscheidende Problem verdrängt: die Art und Weise, wie der Sozialismus als Möglichkeit von der Arbeiterklasse – und um diese alleine geht es – der westlichen Länder gebrochen durch zwei wesentliche Einflüsse *wahrgenommen* wird, den gegenwärtigen Verhältnissen sowohl im Kapitalismus als auch im „realen“ Sozialismus in ihrer realen wie ideologisch verarbeiteten Form. Die Ursachen für das weitläufig antikommunistische Bewußtsein in der Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder erschließen sich demnach nur einer materialistischen Kritik *beider* Gesellschaftsformationen in ihrer Wechselbeziehung seit 1917. Und für die Entfaltung einer solchen Analyse bedarf es des linken Pluralismus, d.h. der Auflösung der gegenseitigen abstrakten Negationen.

Innerhalb der hier notwendigen Kontroversen muß eine solidarische Kritik, die die abweichende Meinung, Interpretation oder Handlung *ernst* nimmt, schon um des eigenen Lernprozesses willen den genauen Nachweis führen, was an dieser oder jener Position antikommunistisch oder revisionistisch sein soll. Und dieser Nachweis ist nur von der objektiven Wirkung in materialistisch analysierten Verhältnissen zu führen; die subjektive Motivation ist wissenschaftlich relativ uninteressant. Damit ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten der Kritik. Denn läßt sich für historische Entwicklungen, die zu toten Fakten geworden sind und an denen es nur noch einen engen und dann auch wissenschaftlich begründbaren Rahmen der Interpretation gibt, schon eher nachweisen, was revidiert worden ist oder wo eine Position oder Handlung der kommunistischen und sozialistischen Bewegung geschadet hat, so ist dieser Nachweis für kommende Entwicklungen nur hypothetisch zu führen. Das bedeutet nicht, daß man auf den Aufweis von Gefahren verzichten soll, aber es bedeutet, daß man nicht den Schein des Beweises zu erwecken sollte. Dieser Schein des Beweises wird zu meist mittels historischer Analogien erschlichen der dieser Theorie und dieser realen Bewegung in ihren Grundprinzipien völlig widerspricht. Formeln wie „Die Geschichte hat bewiesen ...“ dürfen im Rahmen des historischen Materialismus, für den die Geschichte als Vergangenheit Entwicklungen der Zukunft nicht *beweisen* kann, nicht zur dogmatischen Legitimation von theoretischen und politischen Positionen verwendet werden.

Die Geschichte ist nicht nur als Geschichte der Sieger zu begreifen

Daß die Geschichte als Vergangenheit wenig für die Zukunft beweist, ergibt sich daraus, daß es nach der historisch-materialistischen Erkenntnis die Differenz von *Möglichkeit und Wirklichkeit* gibt. Wie der Kapitalismus als historische Gesellschaftsformation schon mit den ersten Formen der Warenproduktion *möglich* ist, es aber erst *wirklich* wird ab einem bestimmten Grad der Entwicklung dieser Form der Produktivkräfte, so können sozialistische oder kommunistische Positionen im Rahmen bestimmter Verhältnisse schon als Möglichkeit angelegt sein, ohne Wirklichkeit zu werden. Das bedeutet aber auch, daß sie als Möglichkeit programmatisch artikuliert werden — und dennoch in der Geschichte unterliegen. Man denke an die Pariser Kommune. Deshalb kann die Geschichte der Arbeiterbewegung, die ja mindestens ebenso eine Geschichte der Niederlagen wie der Siege ist, niemals beweisen, daß diese oder jene Position, sofern sie nicht historisch singulär ist endgültig ad acta gelegt werden muß, auch wenn sie historisch immer wieder unterlegen ist. Gerade die bürgerliche Geschichtsschreibung versucht uns ja z.B. weis zu machen, das Rätssystem sei keine Alternative, weil es historisch sich nicht durchgesetzt hat. Man muß kein Anhänger des Rätessystems sein, um dem entgegenzuhalten, daß Rätssysteme aber dennoch immer wieder in bestimmten Situationen auftreten, also einen bestimmten *Grund* in der Arbeiterbewegung hatten, der theoretisch nicht wegdefiniert werden kann, sondern der

erklärt werden muß. Die materialistische Erklärung dafür, daß etwas immer wieder auftaucht, sich reproduziert, ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite ist die Prüfung, ob die *realisierten* Formen von Sozialismus schon alles in sich beinhalten, was mit dem *Begriff* Sozialismus gemeint sein könnte, oder ob nicht gerade in den oppositionellen Formen von Sozialismus oder Kommunismus, in den unterdrückten Alternativen, Möglichkeiten enthalten waren und sind, die nur *noch nicht* realisierbar sind. Würde man die Form der Kritik, die heute unter den Linken oft üblich ist, auf frühere Sozialisten übertragen, dann wäre nicht mehr zu erklären, was und daß Marx von ihnen gelernt hat. Oder anders gesagt: würde man diese Form des auf „die Geschichte“ fixierten Traditionalismus in seinen gefährlichen Konsequenzen nicht bekämpfen, dann hätte man sich jeglichen Arguments gegen die bürgerliche Behauptung begeben, daß die sozialistische Revolution in entwickelten kapitalistischen Ländern nicht möglich sei – denn hier *hat* noch keine stattgefunden.

Marxismus, die gemeinsame Basis

Nach „innen“ gewendet soll dies heißen, daß der Marxismus die gemeinsame Basis für die Linken aller Schattierungen sein kann, weil die materialistische Dialektik die einzige Theorie ist, die kritisch auf sich selbst angewendet werden muß. Und damit verengt sich zugleich der Horizont des linken Pluralismus. Marxismus verstanden als Theorie über den Gegner, das heißt Theorie über die Grundstruktur und die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, bietet bei aller Variationsbreite der Interpretation und der Analyse, vor allem in bezug auf die Realgeschichte und Entwicklungstendenz der kapitalistischen Gesellschaftsformation, immer noch die Kriterien, an denen eine „antikommunistische“ oder „revisionistische“ Position *begründbar* und *rational nachvollziehbar* kritisiert werden kann. Dies bedeutet nicht, daß die jeweilige Kritik auch schon ein für allemal richtig ist. Auch hier gilt, was über die Differenz von Möglichkeit und Wirklichkeit in der Geschichte gesagt wurde. Aber durch den Zwang zur Begründung gemäß nachprüfbarer gemeinsamer Kriterien kann der sektenhaft-dogmatisierte Charakter der innerlinken Auseinandersetzung überwunden werden. Marxismus – andererseits – als reale Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen und Fraktionen scheint die Basis für eine fruchtbare Auseinandersetzung eher zu verunmöglichen als zu verbessern. Versteht man diese Geschichte jedoch nicht im traditionalistischen Sinne, sondern als zu reflektierende Erfahrung, dann kann auch sie Kriterien einer Diskussion abgeben, die gerade nicht die historischen Fraktionen bloß nachspielt. Dieses Kostümfest der auf der Bühne der Gegenwart auftretenden toten Generationen und Kämpfer muß und kann man sich sparen, wenn man Geschichte der Arbeiterbewegung in Verbindung mit der marxistischen Analyse des Gegners, der bürgerlichen Gesellschaft, *in bezug* auf die gegenwärtigen Verhältnisse und die Handlungsmöglichkeiten in diesen Verhältnissen untersucht. Ist die Gegenwart mit ihren Möglichkeiten der Ausgangspunkt der Debatte, dann relativiert sich Geschichte materialistisch zur *Tendenz*, die es zu analysieren gilt.

Um Tendenzen zu analysieren, muß man sich aber einerseits von jedem *Legitimationsdruck* für vergangene Fakten freimachen und andererseits nicht nur den zur „allgemeinen Theorie“ hochstilisierten Marxismus fortschreiben. Und hierin hat es die Linke in der Bundesrepublik paradoxerweise, d.h. gerade weil sie in einem tragischen Sinne geschichtslos ist (der Faschismus hat ihre möglichen positiven Traditionen zerschlagen), leichter, als wenn sie – etwa als „realer“ Sozialismus – an der Macht wäre und die Verantwortung der Vergangenheit ständig mit sich herumschleppen müßte. Diese Linke steht an der Schwelle zwischen dem „nicht mehr“ und dem „noch nicht“. Und weil die Tendenzwende für die Linke noch nicht in Sicht ist, anders als in Italien oder Frankreich die kapitalistische Krise nicht oder nur subversiv nach links wirkt, ist jede Hektik und jedes Theaterspiel gefährlich. Eine solche Tendenzwende nach links zaubert man nicht per Identifikation mit allem Variationen von realem Sozialismus oder historischen Positionen aus dem Hut. Hier stehen die Verhältnisse in Westdeutschland zur Debatte. Ihre Analyse und der Versuch, ihre *realen* Möglichkeiten herauszufinden, muß im Zentrum einer linken Diskussion stehen, einer Diskussion, die, weil es keine fertigen Antworten gibt, den linken Pluralismus braucht. Es behaupte keiner, hier werde der Liberalismus im Mantel des Marxismus gepredigt. Der linke Pluralismus reklamiert nicht eine gemeinsame Basis, um *jede* Position unkritisiert im Rahmen *formaler*, inhaltlich nicht verpflichtender Spielregeln zuzulassen. Der linke Pluralismus hat als Basis die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Möglichkeit der sozialistischen Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse; in seinem Rahmen wird nicht um der Diskussion und des punktuellen Kompromisses willen diskutiert, sondern um der jeweiligen *Entscheidung* innerhalb eines kontinuierlichen Prozesses zu einer klassenlosen, humanen Gesellschaft willen. Und der linke Pluralismus muß, um jeden *machtpolitischen Dezisionismus* zu vermeiden, eben wahrer Pluralismus sein, abweichende Meinungen, Theorien und Handlungen durch Kritik und Selbstkritik *wirklich* „aufheben“.

Linker Pluralismus und Bündnispolitik

Dabei würde der linke Pluralismus, der im historischen Materialismus seine kritikfähige Gemeinsamkeit, gewissermaßen seine Aktionseinheit, besitzt, sich selbst wieder einschränken und gefährden, würde er meinen, er könnte die Grenzen zum „bürgerlichen Lager“ ein für allemal absolut dicht machen. Der Marxismus ist nämlich in seinen jeweiligen historischen Erscheinungsformen nicht die einzige aktuell mögliche kapitalismuskritische Theorie und Politik, auch wenn er der Ansicht ist, die einzige Theorie zu sein, auf deren *Basis* sich eine wirkliche Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse mit der Aussicht auf eine humane Gesellschaft durchführen läßt, und die ohne Illusionen die *letzte* trennende Linie im Klassenkampf, die Grenze zwischen Sozialismus oder Barbarei, bestimmen kann. Aber schon um diese

Ansicht auch realisierbar zu machen, braucht der Marxismus die kritische Auseinandersetzung mit bürgerlichen Positionen, vor allem jenen, die aus den immanenten Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft nicht fliehen, sondern versuchen, sie zu artikulieren. Das sektenhafte Verhalten der heutigen Linken stellt deshalb nicht nur eine Gefahr nach innen dar, sondern vor allem nach außen, wobei sich innen und außen wechselseitig beeinflussen. Die Angst vor den „Verrätern in den eigenen Reihen“ resultiert zumeist aus der Unkenntnis über bürgerliche Theorie und Politik oder aus dem Unwillen, sie zur Kenntnis zu nehmen. Umgekehrt hat die Angst vor dem Bündnis, ausgedrückt in der „Angst vor dem Kompromiß“, meist die Unsicherheit über die eigene Position zur Ursache.

Gerade in einer Zeit der Stagnation und der existenziellen Gefährdung muß der Linken wieder klar werden, daß sie über Bündnispolitik „nach außen“ nicht nur unter dem Aspekt der einseitigen Hilfe von „Liberalen“ nachdenken kann, will sie sich nicht wundern, wenn diese Hilfe nicht mehr kommt. Daß diese Hilfe heute schwer erreichbar ist, hat seinen Grund nicht zuletzt in der Tatsache, daß gerade die kritischen „Bürger“ die Trennung zwischen dem Innen und Außen der Linken nicht mitmachen: sie erleben die Formen der Auseinandersetzung zwischen den Linken und riechen mit Recht den Braten, den sie selbst abgeben sollen, nämlich ihre punktuelle Funktionalisierung. Wenn der Sozialismus von der Minderheit zur Mehrheit werden soll – und anders hat er in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften keine Chance, dann muß er das Prinzip der kritischen Solidarität auch nach außen bis an die – noch auszumachende – Grenze zum Klassengegner, durchhalten. Denn auch hier gilt die Differenz von Möglichkeit und Wirklichkeit als die Spanne, innerhalb derer sich Lernprozesse abspielen. Formelhaft und „klassenanalytisch“ ausgedrückt: den Bauern, der zum Sozialisten werden soll, kann man nicht übers Ohr hauen (dazu sind Bauern ohnehin zu schlau); ihn muß man überzeugen können. Da der Sozialismus nicht auf den Kategorien der *privaten* Freiheit und Gleichheit aufgebaut wird, sondern diese Kategorien als *kollektive* versteht und praktiziert, muß er dies schon auf dem Weg und in seiner eigenen und in der bündnispolitischen Organisation praktizieren. Sonst reproduziert sich, wie Marx es unübertrefflich formuliert hat, nur die alte Scheiße.